Frankenthal sagt:

"Nein zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit"

Der Stadtrat verabschiedet auf Grundlage der Beratungen des Beirates für Migration und Integration folgende Resolution:

Mit Bestürzung haben wir die Pläne der AfD und weiteren rechtsradikalen Aktivisten/Ideologen, zur Kenntnis genommen Menschen mit Migrationshintergrund aus unserem Land zu vertreiben.

Diese Pläne schockieren durch ihre Konkretheit und Menschenverachtung. Das Narrativ während des Treffens in Potsdam lässt keine Zweifel daran, an welche Kapitel der deutschen Geschichte die TeilnehmerInnen und RednerInnen anknüpfen – Remigration, maßgeschneiderte Gesetze, völkische Ideale, Ansiedlung von Ausländern rückabzuwickeln, etc.

Knapp 80 Jahre nach dem verheerenden 2. Weltkrieg und der millionenfachen Ermordung von Menschen, die nicht in das Weltbild der Nazis passten, gibt es wieder Pläne, die diesen Machenschaften in nichts nachstehen. Remigration heißt nichts anderes als Deportation. Bereits 1940 planten die Nazis 4 Millionen Juden nach Madagaskar zu deportieren. Menschen mit Migrationshintergrund werden zur Zielscheibe von Bürgern, die eine Diktatur herbeiwünschen. Sie maßen sich an, zu entscheiden, wer ein Lebensrecht in Deutschland hat und wer nicht.

Niedertracht, Hass und Gewalt sprechen aus vielen Außerungen von AfD Funktionären und ihren Sympathisanten. Sie wollen die Deutungshoheit darüber, was "Deutsch" ist und was nicht.

Es ist Zeit unsere Demokratie zu verteidigen. Wir werden nicht hinnehmen, dass Feinde der Demokratie, die Errungenschaften des Grundgesetzes zerstören und unser Land wieder in dunkle Zeiten zurückführen.

Dazu sagen wir "Nein!" Wir rufen alle demokratischen Kräfte, alle Bürgerinnen und Bürger auf, jetzt gegen Rassismus, Rechtsradikalismus und Antisemitismus, für die Verteidigung unserer Demokratie aufzustehen.

Artikel 3 des Grundgesetzes formuliert klar und unmissverständlich:

- 1. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- 2. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- 3. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Für diese Werte, muss die Zivilgesellschaft auch in Frankenthal aufstehen und standhaft bleiben. Widerstand gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist notwendig.

Nie wieder ist JETZT.

Nie wieder muss heißen: Keine Faschisten an die Macht.